

Politik und Gesundheit

Newsletter der DAK-Gesundheit



Ausgabe
März 2018

Andreas Storm
Vorsitzender des Vorstandes
der DAK-Gesundheit

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das lange Warten ist vorbei. Die neue Bundesregierung steht - Union und SPD setzen ihre Koalition fort. Mit Jens Spahn übernimmt ein fachlich überaus versierter Politiker mit langjährigen gesundheitspolitischen Erfahrungen die Verantwortung für das Gesundheitsressort.

Im gesundheitspolitischen Teil des Koalitionsvertrags wird an erster Stelle die Stärkung der Pflege adressiert. Jetzt müssen durch vielfältige Maßnahmen die bereits erfolgten wichtigen Verbesserungen der Pflegereformen verstetigt und weiterentwickelt werden. Dabei ist die geplante Ernennung von Andreas Westerfellhaus zum neuen Pflegebeauftragten der Bundesregierung ein gutes Signal.

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass die Regierungsparteien neben der Rückkehr zur paritätischen Beitragszahlung auch vereinbart haben, die Beiträge für ALG II-Bezieher mit Hilfe von Steuermitteln anzupassen. Dies ist ein wichtiger Schritt zu einer nachhaltigen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Lesen Sie in diesem Newsletter, welchen Handlungsbedarf die DAK-Gesundheit zur Anpassung der Beiträge von ALG II-Beziehern sieht, welchen Lösungsansatz wir zur Stärkung der Pflege vor Ort vorschlagen und wie wir uns für das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen stark machen.

Pflege

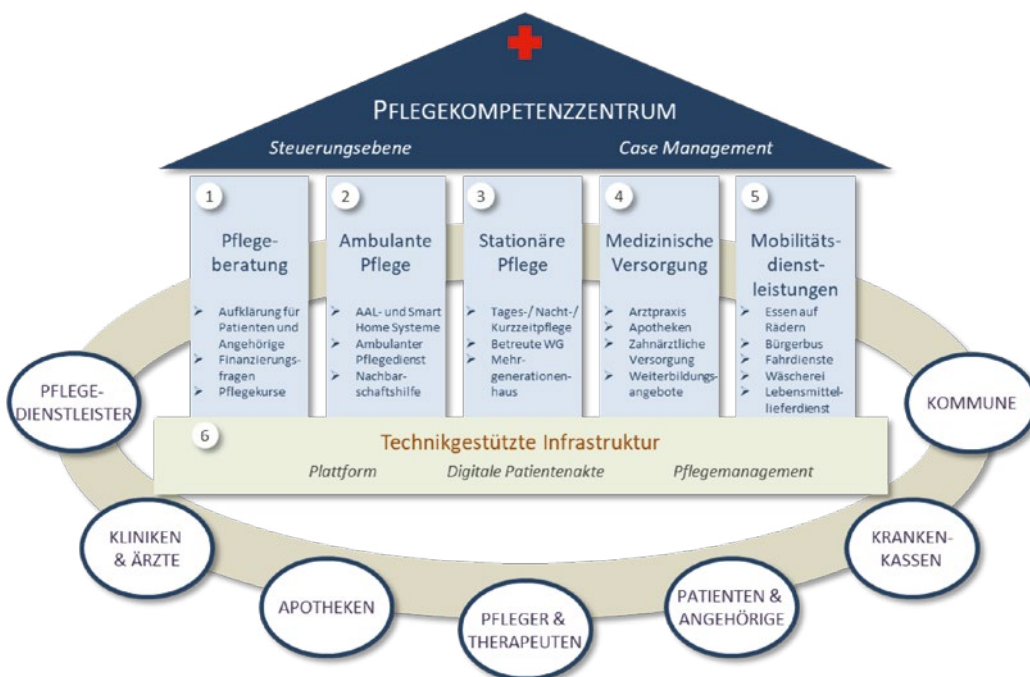
Pflegekompetenzzentren entlasten Angehörige und stärken Infrastruktur vor Ort



Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zur Stärkung der Pflege sind ausdrücklich zu begrüßen. Der Anteil älterer, teilweise pflegebedürftiger Menschen an der Gesamtbevölkerung ist in Deutschland bereits heute sehr hoch und wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Dadurch gibt es einen erhöhten Bedarf bei der geriatrisch-stationären und der pflegerischen Versorgung. Im ländlichen Raum wird diese Problematik noch durch die Abwanderung junger Menschen in Ballungszentren verschärft. Denn in der Folge verlieren insbesondere kleine und mittlere Krankenhäuser der Grundversorgung in den betroffenen Regionen an Fallvolumen, bekommen zunehmend Auslastungs- und damit Qualitätsprobleme. Nicht selten sind sie von Schließung bedroht.

Hier setzt der Vorschlag der DAK-Gesundheit an, solche Häuser oder Abteilungen in Pflegekompetenzzentren umzuwandeln. Ziel ist es, die benötigten Versorgungskapazitäten in der Region zu halten und den Bedarfen anzupassen. Zudem können in den Zentren wichtige Angebote – von Beratung über spezialisierte Wohngruppen bis Kurzzeit- und Verhinderungspflege – unter einem Dach gebündelt werden (siehe Grafik). Mit dem Konzept der Pflegekompetenzzentren sind auch die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen zur Unterstützung pflegender Angehöriger und zum Ausbau der pflegerischen Infrastruktur vor Ort effektiv umzusetzen. Mit angegliederten Lehrstätten könnte in den Zentren zudem die neue Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz angeboten werden.

Zur finanziellen Unterstützung der Umwandlung unrentabler Kliniken in Pflegekompetenzzentren schlägt die DAK-Gesundheit vor, Mittel des Krankenhausstrukturfonds zu nutzen. Der Fonds war im vergangenen Jahr ausgelaufen und soll laut Koalitionsvertrag um weitere vier Jahre mit einem jährlichen Volumen in Höhe von einer Milliarde Euro verlängert werden. Zu den Zielen des Fonds gehört auch die Transformation von Krankenhäusern in nicht akutstationäre örtliche Versorgungseinrichtungen.



Finanzierung

Beitragsanpassung für ALG II-Empfänger zügig einleiten



Im Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD auf die schrittweise Einführung von kostendeckenden Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung für die Bezieher von Arbeitslosengeld II verständigt und wollen diese aus Steuermitteln finanzieren. Dies ist ein gutes Signal für die Solidargemeinschaft der gesetzlich Krankenversicherten: Zum einen werden damit auskömmliche Beitragszahlungen in Aussicht gestellt. Zum anderen wird damit richtigerweise die Finanzierung der Beitragslücke im Gesundheitsfonds von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf den dafür zuständigen Bundeshaushalt verlagert. Leider fehlt jedoch im Koalitionsvertrag jeglicher Hinweis auf die Gegenfinanzierung.

Die Krankenkassen fordern seit Langem auskömmliche Zahlungen für ALG II-Bezieher. Ein Betrag von aktuell 98,43 Euro erfüllt diese Voraussetzung nicht. Die Koalitionäre reagieren mit ihrer Vereinbarung offensichtlich auf die Ergebnisse des im Dezember 2017 veröffentlichten und vom Bundesgesundheitsministerium beauftragten IGES-Gutachtens zur Berechnung kostendeckender Beiträge. Danach decken die gegenwärtigen Zahlungen nur etwas mehr als ein Drittel der tatsächlichen Ausgaben. Insgesamt geht es um ein Volumen von bis zu knapp 10 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Entlastungswirkung der geplanten Beitragsanpassungen hängt von Schrittfolge und Höhe der Kompensation ab. Dies muss schnell konkretisiert werden, denn nur so kann für die Krankenkassen finanzielle Planungssicherheit hergestellt werden. Ebenso rasch müssen die entsprechenden Mittel im Bundeshaushalt festgelegt werden. Wichtig ist zudem, dass die Anpassungen über die Regelung der Beitragsbemessungsgrundlagen im SGB V hergestellt werden und nicht etwa über den Bundeszuschuss für den Gesundheitsfonds. So sind die zusätzlichen Finanzmittel eindeutig den Beitragszahlungen für ALG II-Empfänger zuzuordnen und werden damit zu einer verlässlichen Größe.

Prävention

Kinder- und Jugendgesundheit im Fokus

Laut Koalitionsvertrag sollen im Rahmen des „Digitalpakts Schule“ innerhalb von fünf Jahren fünf Milliarden Euro in Schulen investiert werden. Dabei wird es nicht ausreichen, den Schulen eine digitale Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Vielmehr müssen Lehrkräfte und Schüler u. a. im sinnvollen Gebrauch sozialer Medien und digitaler Anwendungen geschult werden. Bereits heute – so zeigt eine [aktuelle DAK-Studie](#) – sind bei den 12- bis 17-jährigen Vielnutzern von WhatsApp, Instagram und Co. gesundheitliche und soziale Probleme zu erkennen. Einige Schüler rutschen sogar in die Abhängigkeit, mit dem Risiko an einer Depression zu erkranken. Die DAK-Gesundheit hat es sich daher zum Ziel gesetzt, ihre Aufklärungskampagne zum Thema Internetsucht fortzusetzen und konkrete Hilfe anzubieten.



Zudem engagiert sich die DAK-Gesundheit mit drei weiteren großen Präventionsinitiativen für das Wohl von Kindern und Jugendlichen: Die Krankenkasse fördert mit ‚Wir bewegen Kitas‘ die Motorik von Kindern ab zwei Jahren. Außerdem macht sie sich mit der Schulkampagne ‚fit4future‘ für mehr Bewegung, gesunde Ernährung und Stressbewältigung in bundesweit 2.000 Grund- und Förderschulen stark. Der Plakatwettbewerb gegen Rauschtrinken ‚bunt statt blau‘ läuft bereits im neunten Jahr. Über 90.000 Schülerinnen und Schüler haben daran bereits teilgenommen.

DAK-Gesundheit

Verfasser: Andreas Storm,
Vorsitzender des Vorstands der DAK-Gesundheit,
Nagelsweg 27 – 31, 20097 Hamburg,

www.dak.de

V.i.S.d.P.: Jörg Bodanowitz, Leiter der Unternehmenskommunikation der DAK-Gesundheit
Druck: DAK-Gesundheit Zentrale 03/2018



Servicequalität

www.tuv.com
ID 9105037967

